



Vorstandsvorsitzenden des Verbandes Entwicklungspolitik Niedersachsen e.V. Herrn Dietrich Höper Hausmannstr. 9-10 30159 Hannover

Hannover, 2 Februar 2016

Sehr geehrter Herr Höper,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 16. Dezember 2015, mit dem Sie mir das Positionspapier des Verbandes Entwicklungspolitik Niedersachsen zum Thema Fluchtursachen übersandt haben. Darin erkenne ich eine Reihe von Positionen wieder, die ich teile.

Die UN-Ziele für Nachhaltigkeit und Entwicklung – die sogenannte 2030-Agenda – sind ein wichtiger Schlüssel zur Bekämpfung von Fluchtursachen. Nie war dies dringlicher als heute, angesichts der größten weltweiten Flüchtlingsströme seit dem Zweiten Weltkrieg.

Die Niedersächsische Landesregierung hat sich frühzeitig dem Ziel verschrieben, die 2030-Agenda mit konkreten Maßnahmen umzusetzen. Bereits bei der Erarbeitung des Beschlusses der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten vom 12. Juni 2014 über den Beitrag der Länder zur Umsetzung der künftigen Nachhaltigkeits- und Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals) hat sich Niedersachsen aktiv eingebracht.

Ein zentraler Beitrag des Landes Niedersachen sind die Entwicklungspolitischen Leitlinien. Für die konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen bei deren Erarbeitung bedanke ich mich an dieser Stelle sehr.

Ein weiterer wichtiger Umsetzungsbeitrag wird die künftige Nachhaltigkeitsstrategie für Niedersachsen sein.

Die Landesregierung verfolgt mit ihrer Entwicklungspolitik das Ziel, strukturelle Fluchtursachen einzudämmen. Sowohl Südafrika als auch Tansania sind wichtige Aufnahmeländer für Binnenflüchtlinge in Afrika. Wenn wir die Strukturen vor Ort unterstützen, helfen wir, Konflikte um Ressourcen und Beschäftigung zu vermeiden. Ein wichtiger Förderschwerpunkt der Landesregierung in den Partnerregionen in Subsahara-Afrika ist deshalb die berufliche Bildung, um jungen Menschen Zugang zu guter Ausbildung und Beschäftigung zu ermöglichen und ihnen eine Lebensperspektive in ihrer Heimat zu eröffnen.

Weitere Förderschwerpunkte sind die Ernährungssicherung und der Ausbau erneuerbarer Energien. So hat sich beispielsweise aus der Delegationsreise des stellvertretenden Ministerpräsidenten Stefan Wenzel nach Südafrika im Herbst 2015 ein hoffnungsvolles Pilotprojekt zur autonomen Stromversorgung einer ländlichen Region im Eastern Cape mit erneuerbaren Energien ergeben. Das Projekt wird sowohl von hiesiger Seite als auch auf Seiten der Provinzregierung des Eastern Cape mit hoher Priorität verfolgt.

Derzeit sind viele Millionen Menschen aus unterschiedlichen Gründen auf der Flucht. Diese Entwicklung stellt unser Land bekanntlich vor größte Probeleme. Ungeachtet dessen bemüht sich das Land Niedersachsen um eine humane Migrations- und Flüchtlingspolitik. Den Migrantinnen und Migranten wollen wir langfristig die gleichen Teilhabechancen gewähren wie sie für Einheimische selbstverständlich sind. Im Deutschen Bundesrat hat sich die Landesregierung für ein neues Einwanderungsrecht eingesetzt. Bestehende Hemmnisse für legale Zuwanderung abzubauen und legale Einwanderungsmöglichkeiten zu schaffen, dies ist Ziel unserer Politik.

Mit der Verabschiedung der Entwicklungspolitischen Leitlinien hat Niedersachsen sich für die Einbindung der Expertise von Migrantinnen und Migranten und Geflüchteten in der Entwicklungszusammenarbeit ausgesprochen. Migrantenorganisationen sind in vielfältiger Weise an Entscheidungsprozessen des Landes beteiligt, so z.B. durch ihre Mitwirkung im Bündnis für Niedersachsen – Niedersachsen packt an!

Um für die Zukunft sicherzustellen, dass die Entwicklungspolitischen Leitlinien der Maßstab der niedersächsischen Entwicklungszusammenarbeit sind und kontinuierlich weiterentwickelt werden, wird die Landesregierung eine Umsetzungsstrategie erarbeiten und einen Runden Tisch einrichten. Der Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen ist herzlich eingeladen, sich am Runden Tisch zu beteiligen.

the Nuphan Chir

Mit freundlichen Grüßen